

Info links

Ausgabe 9
7. November 2002

7. Dezember '02
10 Uhr
Landesbasiskonferenz
der PDS
(FHTW, Karlshorst)

Die beiden direkt gewählten PDS-
Abgeordneten Gesine Löttsch
(rechts) und Petra Pau im Plenar-
saal des Bundestages



Foto: dpa

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident

Zur Würde des Hohen Hauses gehört für mein Verständnis die Gleichbehandlung aller demokratisch gewählten Abgeordneten. Oder gilt wieder nur der Spruch: Wir sind zwar alle gleich, aber manche sind gleicher? Es kann doch wohl nicht sein, dass den beiden direkt gewählten Abgeordneten der PDS, Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau, ein Tisch vor ihren Stühlen vorenthalten wird? Das dürfte Sparsamkeit am fal-

schen Plätze sein, und mit fairem demokratischen Umgang hat das nun überhaupt nichts zu tun. Ich protestiere gegen diese Ungleichbehandlung und verlange die Änderung des unwürdigen Zustandes.

Mit freundlichen Grüßen
Inge Uesseler

P.S. Ein Brief gleichen Inhalts geht auch an den Petitionsausschuss.

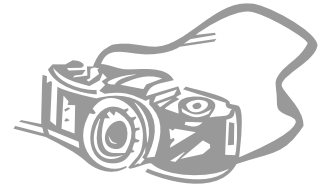
Nach Gera

von Dr. Bernd Ihme

Die PDS will den grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Sie will mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Aber wer die Gesellschaft verändern will, muss im Alltäglichen die Ansatzpunkte für sein Handeln suchen.

In diesem Sinne versuchen wir als PDS-Fraktion in Lichtenberg, für die Bürger und mit ihnen Kommunalpolitik zu machen. Wir bemühen uns trotz der schlimmen Haushaltssituation Berlins um gerechte und vernünftige Lösungen, kommen aber an den realen Widersprüchen nicht vorbei, können es also beim besten Willen nicht jedem Recht machen. Und wir riskieren, dass wir vor lauter Sachzwang-Druck und in dem Bestreben, den Bezirk „gut verwalten zu wollen“, von den Lichtenbergern zunehmend als eine Partei wahrgenommen werden, die sich nicht von anderen unterscheidet. Wenn der Eindruck entsteht, dass die Politik der PDS nicht viel mehr ist als ein besseres Einfügen in die bestehenden Verhältnisse, macht sich die PDS überflüssig.

Mehr denn je besteht für uns deshalb die Herausforderung darin, in unserem Wollen und Tun für die Menschen nachvollziehbar den Charakter von PDS-Politik zu zeigen. Das beginnt damit, dass wir Senatspolitik – auch und gerade wenn die PDS am Senat beteiligt ist – nicht einfach hinnehmen, sondern uns dort beteiligen, wo Protest und Widerstand geboten sind – siehe das Bürgerbegehren zum Erhalt von Tierpark und Zoo. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für den Bezirk. Es gibt in der Politik immer Alternativen. So finden wir uns mit der Schließung von Einrichtungen nicht ab, sondern suchen mit den Betroffenen nach Lösungen in ihrem Interesse (z. B. Schwimmhalle Rudolf-Seiffert-Straße). Die Gestaltung der Lichtenberger Stadtteilzentren sehen wir nicht vorrangig verwaltungstechnisch, sondern sie soll vor allem die Bürger selbst ermutigen, sich einzubringen. So können wir auf dem Weg zu einer wirklichen Bürgerkommune vorankommen.



Im Bezirk am Ball

Was PDS-Bezirksverordnete bewegen

■ Elterninitiative aufgenommen

Im Sommer hatte eine Gruppe besorgter Karlshorster Mütter alle Fraktionen in der BVV gebeten, für eine Verbesserung der Spielplatzsituation zu sorgen. Nach monatelangem Warten auf Antwort legten sie nun selbst Hand an: Am 24. Oktober wurde der Rheinsteinpark gesäubert.

Tatkräftig mittendrin: Ingeborg Görzdorf, Karlshorster Bezirksverordnete der PDS. Doch die engagierte Mutter und Großmutter will es dabei nicht bewenden lassen. Während der vormittäglichen Aktion der Eltern im Rheinsteinpark verständigte sich In-

geborg Görzdorf u. a. mit Elternsprecherin Frau Carolin Ritter darüber, dass sie den Bezirksstadtrat für Gesundheit und Umweltschutz bitten wird, spätestens im nächsten Frühjahr den Sand auf diesem Platz erneuern zu lassen. „Ich unterstütze die Eltern auch darin, die Spielplatzgeräte in Eigeninitiative neu zu streichen. Dafür werbe ich um Sponsoren für Farben.“

Ingeborg Görzdorf will eine Gesprächsrunde zwischen der Karlshorster Elterninitiative und dem Bezirksstadtrat anregen, um eine Entschärfung der Karlshorster Spielplatzsituation zu erreichen. Dabei könnten u. a. rechtliche und organisatorische Möglichkeiten der Beteiligten geklärt werden. Sie unterstützt auch die Idee, dass Anwohner und Betriebe Spielplatzpaten-

schaften übernehmen: „Ich bin bereit, meine Möglichkeiten als Bezirksverordnete in ein solches Netzwerk einzubringen.“

(Ingeborg Görzdorf ist Mitglied des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport der BVV)

■ Keine Plattform für Rechtsextreme im Bezirk

Daniel Tietze will die von der Senatsverwaltung für Finanzen entzogenen Gelder für den „Lokalen Aktionsplan Demokratie und Toleranz“ zurück haben. Seine Absicht wurde von der PDS-Fraktion mit einer Dringlichen Drucksache unterstützt. Von den Bezirksverordneten per Konsens bestätigt, wird darin die Forderung der Bürgermeister von Pankow und Lichtenberg bekräftigt, beiden Bezirken die 30000 € für „Förderung kommunaler Anti-Gewalt-Strategie“ endlich zur Verfügung zu stellen. Die Senatsschulverwaltung hatte sie bereits bestätigt.

Gegenüber der Presse sagte Daniel Tietze: „Seit über einem Jahrzehnt sind Lichtenberg und Hohenschönhausen ein zuverlässiger Hort gesellschaftlicher Aktivität gegen Gewalt und für ein tolerantes Berlin. Der vergangene Bundestagswahlkampf zeigte aber auch, dass Rechtsextremisten und NPD Lichtenberg weiterhin als Plattform für ihre Parolen benutzten.“

■ Den Ball aufgefangen ...

hat der Kiez-Beirat Gensinger Straße. Als Sprecher des Beirates nahm Helmut Hahn mit Schreiben vom 16. Oktober das Angebot des Bezirksamtes Lichtenberg wahr, Sachmittel für ehrenamtliche Arbeit zu beantragen (→ siehe „info links“ 8/2002, S. 5). Der Beirat möchte 3000 Euro für folgende Maßnahmen verwenden:

- Einrichtung eines „Kieztreffs“ in einer leerstehenden öffentlichen Einrichtung.
- Schaffung einer „Informationsbasis“ in Form von zwei Schaukästen und einem einfachen Kiezblatt, das ehrenamtlich erarbeitet werden soll.
- Zum 25. Jahrestag des Wohngebietes Gensinger Straße soll im Juni 2003 das erste Kiezfest nach der Wende starten.

Der Beirat wurde im März 2002 in einer Einwohnerversammlung gewählt. Er will Vermittler zur Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zu Dienstleistungen sein. Dazu stützt er sich auf die Aktion „Stadtumbau Ost“, an der er sich u. a. mit einer 21 Punkte umfassenden Problemliste beteiligte.

(Helmut Hahn ist Bezirksverordneter der PDS und Sprecher der Fraktion für Bürgerinitiativen und Kiezentwicklung)

Joachim Pampel

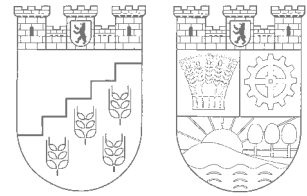
Für den Erhalt von Tierpark und Zoo



Foto: info links

Dr. Gesine Löttsch überreichte am 23. Oktober an Lichtenbergs Bezirksbürgermeister Dr. Wolfram Friedersdorf einen dicken Ordner mit Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das den Fortbestand des Tierparks Berlin-Friedrichsfelde und des Zoologi-

schen Gartens sichern helfen soll. 6348 Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger – weitere sind inzwischen dazugekommen – hatten diese Aktion mit ihrer Unterschrift unterstützt. Auch „info links“ hat sich für dieses Bürgerbegehren stark gemacht.



Cannabis denn Sünde sein?

So lautete das Thema der diesjährigen Gesundheitskonferenz, die von der Plan- und Leitstelle des Bezirksamtes Lichtenberg veranstaltet wurde. Da gab es in kleinen Ausstellungen Wissenswertes über die Geschichte des Hanfes (Cannabis) als Nutzpflanze und Droge. Der Hanfladen präsentierte auch mit Kostproben von Hanfzubereitungen die Vielseitigkeit der Verwendung der Pflanze.

In den Vorträgen wurde dargestellt, was die Besonderheit von Cannabis als Droge gegenüber anderen Drogen ausmacht: Es gibt kaum nennenswerte Nebenwirkungen, aber seine Anwendung führt für ca. zwei Stunden zu einem Dämmerzustand, den weitere Gaben verlängern können. Das kann Schulabschlüsse und die Berufsausbildung beeinträchtigen und damit wichtige Grundlagen für das weitere Leben junger Leute zerstören.

Medizinisch wird Cannabis als Schmerztherapeutikum sowie bei Epilepsien, Bewusstseinsstörungen und Depressionen eingesetzt.

Natürlich ist es ratsam, die Anwendung von Drogen außerhalb des medizinischen Bereiches zu verhindern. Das dafür 1972 geschaffene Betäubungsmittelgesetz erfüllt diese Aufgabe nicht, da es durch einen gut funktionierenden Schwarzmarkt unterlaufen wird.

Welche Positionen vertritt die PDS gegenüber dem Cannabis-Konsum?

Zuerst einmal ist es dringend notwendig, per Gesetz zu definieren, was weiche und was harte Drogen sind. Erwiesenermaßen ist der Konsum von Alkohol und Nikotin folgenreicher als der Konsum von Cannabis. Des weiteren wäre es unabdingbar, die Entkriminalisierung des Besitzes geringer Mengen bundeseinheitlich zu regeln. So hat jedes Bundesland bisher eine andere Definition der „geringen Menge“.

Es müssen Bedingungen geschaffen werden, dass Aussteiger aus dem Drogenkonsum sozial eingegliedert werden durch Arbeits- und Ausbildungsplätze.

In den Schulen sollte bereits über Drogen einschließlich Nikotin und Alkohol aufgeklärt werden.

Speziell für Cannabis sollte eine Freigabe und entsprechend den Gesetzen eine kontrollierte Abgabe erfolgen. Die bisher realisierte Freigabe in den Niederlanden führte nicht zum Anstieg der Zahl der Konsumenten, hatte aber große Auswirkungen auf den entsprechenden Schwarzmarkt. Aber bis dahin ist noch ein weiter Weg in der Drogenpolitik der Bundesrepublik.

Dagmar Krebs

Schulkingeln für Eltern

Mit dem Klingeln nach den Herbstferien begann am 21. Oktober in der Drachenberg-Grundschule (Otto-Marquardt-Straße 12) ein Deutsch-Sprachkurs der Volkshochschule Lichtenberg für Eltern nichtdeutscher Herkunft. Der erste Sprachkurs dieser Art im Osten Berlins wurde vom Migrantenrat Lichtenberg angeregt, durch die PDS-Fraktion und die stellvertretende Bürgermeisterin Christina Emmrich unterstützt.

Während die Eltern – wie ihre schulpflichtigen Kinder auch – vormittags die Schulbank drücken, werden die Kleinsten liebevoll betreut.

Mitinitiatorin Rim Farha, Migrationspolitische Sprecherin der Fraktion der PDS in der BVV, betont die Vielseitigkeit des Angebots: „Die Eltern können auch Kenntnisse über Gesundheitspflege, Kinderbetreuung und Schulorganisation erwerben und mit anderen Eltern Erfahrungen austauschen.“

Joachim Pampel



Foto: J. Pampel

Schule multikulturell

In unserem Bezirk leben seit vielen Jahren ausländische Mitbürger und Bürger, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Auch in den Schulen gibt es deshalb viele Nationalitäten. Sie lernen gemeinsam, können aber auch zusammen feiern. Eine dieser Schulen ist die Mildred-Harnack-Oberschule. Sie nimmt die Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Europa-Schule Berlin auf. Darüber hinaus stammt etwa jeder zehnte Schüler nicht von deutschsprachigen Müttern oder Vätern ab.

Am 2. Oktober veranstalteten die Schülerinnen und Schüler ein Multikultifest, wo jeder etwas von den Traditionen seines Landes zeigen konnte: Trachten der verschiedenen Länder, Lieder und Tänze sowie landestypische Speisen. „Geheimrezepte“ aus zehn verschiedenen Ländern wurden ausprobiert. Verführerische Düfte kitzelten die Nase und ließen den vielen großen und kleinen Gästen das Wasser im Munde zusammenlaufen. Manche Oma bat ihre Enkelin: „Lass dir doch das genaue Rezept von deiner Mitschülerin ge-

ben!“ „Koste dies“ und „probiere das“ schallte es an allen Ecken und Enden. Auch hier lernte jeder von jedem.

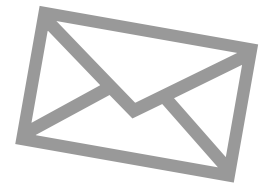
Die Besucher des Festes konnten auch ihr Wissen über die verschiedenen Völker testen. Höhepunkt des Tages war eine Luftpostaktion, in der alle Beteiligten ihre Wünsche für eine friedliche Welt zum Ausdruck bringen konnten.

Auch das Wetter zeigte sich von seiner besten Seite. Die Jüngsten aus einer Kindergartenklasse schauten auch mal vorbei, wie die Großen feierten. Niedlich war auch, dass diese Gruppe ebenfalls multikulturell war, denn weiße, schwarze und braune Kinder waren vertreten.

Dass dieses Fest keine Eintagsfliege ist, zeigen Schülerfahrten nach Frankreich, Spanien, Russland und in andere Länder. Im nächsten Jahr wollen die Veranstalter eine breitere Öffentlichkeit einbeziehen.

Die kleinen und großen Kinder bewiesen an diesem Tag, dass das üble Gerede vom „rechten“ Bezirk einfach nicht stimmt. Für sie gehört das Neben- und Miteinander von Menschen aus vielen Nationen zur Normalität in Lichtenberg.

I. Görsdorf



Füreinander da sein

Dr. Christine Roßberg (Foto) ist die vor kurzem wiedergewählte Landesvorsitzende der Volkssolidarität Berlin.

Sie habe ihr „Büro“ zu Hause, sagte sie – und ich hatte Computer und Akten erwartet. Aber ich sehe nur ein paar ordentlich sortierte Papiere. Ein Blick aus dem Fenster: viel Grün. An den Wänden Bilder und Bücher, das Klavier verrät die musikalische Seite von Christine. Die Kinderkrankenschwester lernte einst dirigieren.

Die Tätigkeit als Schwester reichte ihr nicht. Doch zunächst besuchte sie einen Gewerkschaftslehrgang. Dort unterrichtete unter anderen der Antifaschist Kurt Roßberg, stellvertretender Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“. So lernte sie ihren Ehemann kennen. Er half ihr später, mit 30 Jahren noch ein Medizinstudium aufzunehmen.

Nach Abschluss des Studiums begann Christine in Beeskow die Facharztausbildung als Allgemeinmedizinerin. In Berlin-Lichtenberg bezog das Ehepaar eine Wohnung, bald war sie für die geriatrische Betreuung im Stadtbezirk verantwortlich. In vielen Gesprächen und bei Hausbesuchen lernte sie die Probleme alter Menschen kennen: vor allem krankheitsbedingte Bewegungsarmut und Einsamkeit. „Wir hatten als Ärzte in der DDR Zeit für Gespräche.



Die sind oft wichtiger als Medizin“, sagt sie. Bald war sie auch Vorsitzende einer Sozialkommission.

Schließlich kam sie zur Volkssolidarität, deren Vorsitzende in Lichtenberg sie über 20 Jahre war. Sie gründete den „Chor der fröhlichen Rentner“, der bald sein 30-jähriges Bestehen feiern kann.

Mit über 400 000 Mitgliedern ist die Volkssolidarität heute der größte Wohlfahrtsverband in der Bundesrepublik, in Ostdeutschland die größte Organisation überhaupt. Sie ist den Menschen vertraut und steht für gegenseitige Hilfe, Geborgenheit, soziale Fürsorge und Gemeinschaftserlebnisse. Auch wenn sie in den Medien ein Schattendasein führt.

Die Aufgaben der Volkssolidarität haben sich erweitert. Als Sozialverband übernahm sie soziale Dienste, Einrichtungen und Angebote: Kitas, Pflegestationen, Einrichtungen für betreutes Wohnen. Christine Roßberg hat sich dieser Aufgabe gestellt. Nicht vom Büro aus leitet sie. In den Einrichtungen spricht sie mit Mitarbeitern und Betreuten, besucht Ortsgruppen, in denen übrigens Tausende Mitglieder der PDS ehrenamtlich arbeiten.

Die Volkssolidarität ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unpolitisch. Sie ergreift Partei gegen Sozialabbau und Ausgrenzungen. Sie fordert soziale Gerechtigkeit und legt dafür eigene Konzepte vor, so zur Gesundheits- und zur Rentenpolitik. Als Landesvorsitzende vertritt Christine diesen Standpunkt in allen Gremien.

1998 bat man die Bezirksvorsitzende von Lichtenberg, als Landesvorsitzende in Berlin zu kandidieren. Sie wollte es anfangs „nur für ein Jahr“ – jetzt wurde sie für eine zweite Wahlperiode wiedergewählt.

Inge Junginger

Verwechselbar geworden

Zur „Bannmeilen info“ 8/2002, Seite 2: „Lichtenberger Wahlergebnisse im Vergleich“

Die Grafik in der „Bannmeile“ lenkt durch den Vergleich der Bundestagswahlen 1998, 2002 und der Abgeordnetenhauswahl 2001 davon ab, dass sich bei Bundestagswahlen in Lichtenberg die Wähler schon seit 1998 von uns abgewendet haben. Gleichzeitig verzeichnet die SPD einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs und nimmt bereits seit

1998 bei den Zweitstimmen den ersten Platz in Lichtenberg ein.

Das Gesagte gilt analog für Ostberlin. Schon bei den Bundestagswahlen 1998 hat die PDS in Ostberlin gegenüber 1994 1,4 % bei den Zweitstimmen eingebüßt. Die kontinuierlichen Verluste der PDS in Ostberlin gehen einher mit einem stetigen Zuwachs an Stimmen bei der SPD. Wir sind verwechselbar geworden.

Bei den Abgeordnetenhauswahlen haben wir in Lichtenberg einen konstant hohen Zweitstimmenanteil. Die SPD verzeichnete 2001 ihr bestes Zweitstimmenergebnis seit 1995. Die PDS hatte hierbei enorm von den Schwächen auf Seiten von SPD und CDU profitiert.

Die weiteren Betrachtungen für Ostberlin gelten analog für Lichtenberg und sollen zur Klärung der Ursachen unseres Wahlergebnisses beitragen.

Konkret stellt sich die Entwicklung so dar: Die Verluste der PDS in Ostberlin zu den Bundestagswahlen 1998 im Vergleich zu 1994 sind mit 1,4 % (-26 180 Wählerstimmen) für sich genommen geringfügig. Sie gewinnen nur deshalb an Dramatik, weil

gleichzeitig die PDS in allen neuen Bundesländern deutlichen Zuwachs erzielte. Der Berliner Landesvorstand war unfähig oder nicht willens, dieses Alarmsignal selbstkritisch zu bewerten. Die gute Stimmung der 5,1 % für die PDS auf Bundesebene (1998) nutzend, wurde verbreitet, dass die Ost-Westabwanderung Ursache für die geringen Verluste sei. Eine Entwicklung, von der aber alle neuen Bundesländer betroffen sind. Was 1998 als lokale Schandenfeuer begonnen hatte, wurde im Jahre 2002 ein verheerender Flächenbrand.

48 799 Wähler haben sich seit 1998 von uns in Ostberlin bei Bundestagswahlen abgewandt. Das sind -5,5 % und damit nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt das drittschlechteste prozentuale Ergebnis. Das gute Berliner Ergebnis von 2001 musste als Beleg für ein zu erwartendes gutes Bundestags-Wahlergebnis herhalten. Nur so sind die völlig überzogenen Erwartungen des Landesvorstandes für 2002 zu erklären. Völlig außer Acht gelassen haben unsere Wahlstrategen das unglückliche Agieren unserer Abgeordnetenhausfraktion. W. Fauck, Bezirksverordneter

Erratum

Aufmerksame „info links“-Leser (Ausgabe 8/02) haben es gemerkt: Die NPD hatte natürlich keine 10,5 % der Stimmen in unserem Wahlkreis bekommen, sondern 1,5 %. Da hatte der verantwortliche Redakteur wohl geschlafen. Übrigens sind die 1,5 % noch immer viel zu viel, findet die Redaktion.

Rot-Grün bekämpft Arbeitslose

Zu den geplanten massiven Kürzungen zu Lasten von Langzeitarbeitslosen erklären die stellvertretende Vorsitzende der PDS, Heidemarie Lüth, und der gewerkschaftspolitische Sprecher des Parteivorstandes, Harald Werner:

So sieht er also aus, der Abschied vom Wohlfahrtsstaat, den der Kanzler predigt: Die Arbeitslosen werden nach den jetzt vorliegenden Zahlen wahrscheinlich den größten Brocken zu Schröders Sparpaket beitragen müssen. Allein mit den veränderten Anrechnungen von Erspartem und Ehegatteneinkommen sollen ihnen im kommenden Jahr 2,3 Milliarden und im darauf folgenden Jahr 5,1 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen werden. Mehr als ein Viertel derjenigen, die ohnehin von der Arbeitslosigkeit am schwersten gebeutelt sind, sollen danach überhaupt keine Arbeitslosenhilfe mehr erhalten. Einmal abgesehen davon, dass die Reduzierung der monatlichen Stütze die Betroffenen noch mehr von der Teilhabe an der Gesellschaft ausschließt, wird durch die Einbeziehung von selbst kleinstem Vermögen auch Altersarmut in riesigem Ausmaß programmiert. Die Umsetzung der im Hartz-Konzept enthaltenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II bestätigt die schlimmsten Befürchtungen: Rot-Grün bekämpft die Arbeitslosen und nicht die Ar-

beitslosigkeit. Und „Superminister“ Clement führt sich als Rambo gegen den Sozialstaat ein. Wobei dieser Schnitt zusätzlich Kaufkraftverluste in einer Höhe bringt, die wie Gift auf die Konjunktur wirken wird und Zehntausende von Arbeitsplätzen kosten dürfte.

Gegen diese Vorhaben muss breiter gesellschaftlicher Widerstand mobilisiert werden. Gerade weil die Betroffenen kaum eine Lobby haben, sind nicht nur die Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, sondern vor allem die Gewerkschaften gefordert. Die DGB-Spitze und die meisten führenden Gewerkschafter haben während des Wahlkampfes Schröders Kurs in der Arbeitsmarktpolitik begrüßt, obwohl die Vorschläge der Hartz-Kommission nicht nur an der gewerkschaftlichen Basis, sondern auch im Funktionärskörper auf heftige Kritik stießen. Allein das vage Versprechen, es werde keine pauschalen Leistungskürzungen geben, hat ausgereicht, um sich in den Vorstandsetagen mit der Ausweitung der Leiharbeit und millionenfachem Lohndumping abzufinden.

Es ist nur schwer vorstellbar, dass diese Blamage für die Gewerkschaftsvorsitzenden durch den wortbrüchigen Kanzler ohne Folgen für das Anfang November angesetzte Spitzengespräch bleiben wird. Schröder scheint vergessen zu haben, dass die Loyalität der Gewerkschaftsspitzen gegenüber seiner Regierung dort ihre Grenzen findet, wo ihre Legitimation gegenüber der gewerkschaftlichen Basis in Gefahr ist.

PDS-Pressemitteilung vom 30. Oktober

Ein Signal der sozialen Kälte

Zu den Vorhaben der rot-grünen Koalition, die Unterstützung von Arbeitslosen mit Kindern um zehn Prozent zu kürzen, erklärt Harald Werner, Mitglied des Parteivorstandes der PDS:

Die neue Bundesregierung startet ihre Arbeit mit einem Signal der sozialen Kälte und beginnt ihre Sparpolitik mit einem massiven Angriff auf die Schwächsten der Gesellschaft, die Arbeitslosen. Dass ausgerechnet die Arbeitslosen mit Kindern fast zehn Prozent ihrer Lohnersatzleistungen einbüßen sollen, ist nicht nur sozialpolitisch völlig unverantwortlich, sondern stellt auch die familienpolitische Schwerpunktsetzung im Koalitionsvertrag in ein fahles Licht.

Zumal die angekündigte Leistungskürzung bereits den ersten Bruch der Wahlversprechen der Regierungsparteien markiert. Den Gewerkschaften war bei der Diskussion der Hartz-Konzepte ein Verzicht

auf Leistungskürzungen zugesichert worden. Jetzt beginnt die Hartz-Umsetzung ausgerechnet mit der Absenkung des Arbeitslosengeldes.

Und während die Diskussion um Steuererhöhungen für Großunternehmen und Besserverdienende immer leiser wird, nimmt der Sozialabbau sehr schnell konkrete Formen an. Rot-Grün schlägt seinen Wählerinnen und Wählern ins Gesicht.

PDS-Pressemitteilung vom 21. Oktober

Danke

Spenden und die Hilfe nicht nur Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger haben zwanzig hochwassergeschädigten Döbelner Kindern eine erlebnisreiche Ferienwoche in Berlin ermöglicht. Dafür danken herzlich die Initiatoren MdB Dr. Gesine Löttsch und der PDS-Landtagsabgeordnete Heiko Hilker.

Krankes Gesundheitswesen

Zum Gesundheits-Sparkonzept von Ministerin Schmidt erklärt die stellvertretende PDS-Vorsitzende Heidemarie Lüth:

Die Finanznot ist groß im Gesundheitswesen, und die Ministerin reagiert darauf, wie es schon viele ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger getan haben, mit einem Sparpaket, das versucht, dem kränkelnden System wieder ein wenig Luft zu verschaffen.

Immerhin geht Ulla Schmidt mit der Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und der Ankündigung der gesetzlichen Umsetzung einer Positivliste sowie dem Ansatz, nicht in erster Linie bei den Patienten, sondern bei den Leistungsanbietern auf Einsparungen zu drängen, vorsichtige Schritte in die richtige Richtung. Allerdings ist die im Gefolge der Anhebung der Bemessungsgrenze bei der Rentenversicherung vorgesehene Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze in der Krankenversicherung nur bedingt geeignet, um damit zu einer sozialen Krankenversicherung für alle Erwerbstätigen zu kommen.

Problematisch könnte es zudem bald werden, wenn die Wahlfreiheit der Patienten bei Heil- und Hilfsmitteln eingeschränkt und das Sterbegeld gekürzt wird. Zweifellos ist Letzteres eine versicherungsfremde Leistung, die aber nicht gekürzt, sondern aus der Krankenversicherung ausgegliedert gehört. Ob das Einfrieren der Beitragsätze der Krankenkassen und Nullrunden bei Ärzten, Zahnärzten und Krankenhäusern der richtige Sparimpuls sind, muss sich erst noch erweisen. Dies wirkt eher als Notbremse, denn als wirklich tragfähiger Ausweg. Zumal dies gerade für viele niedergelassene Ärzte und Ärztinnen in Ostdeutschland zum Existenzproblem werden kann. Gerade sie werden es aber auch sein, die die Verbandsfunktionäre Lügen strafen werden, die eine schlechtere Versorgung der Patienten prophezeien.

Wenn dem Sparpaket nicht schnellstens eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens folgt, in dem Patienten und ihre Rechte gestärkt und Gesundheit nicht als Ware, sondern als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge begriffen wird, bleibt der Ministerin nichts anderes, als weiter von Sparpaket zu Sparpaket zu hangeln. Ohne grundlegende Auseinandersetzung mit der Pharnalobby zahlen am Ende die Patienten drauf, und der Geldbeutel bestimmt die Qualität medizinischer Versorgung. Damit dies nicht passiert, braucht es keine zweite Hartz-Kommission, sondern Mut zu politischer Verantwortung.

PDS-Pressemitteilung vom 31. Oktober

Wie aus Stammwählern Nichtwähler werden können

Unter den Ursachen, die für die verheerende Wahlniederlage der PDS am 22. September verantwortlich gemacht werden, scheint eine zu kurz zu kommen. Das größte Versäumnis besteht nach meiner Überzeugung darin, dass wir unseren potentiellen Wählern immer weniger die Gewissheit vermitteln konnten, dass die Vertretung der Ost-Interessen nicht nur eine Parole ist.

Wo blieb denn der tagtäglich nötige Protest und Widerstand gegen die soziale Benachteiligung und rechtliche Diskriminierung der Ostdeutschen? Was sollte das Gerede von Kohls Verdiensten um die Herstellung der staatlichen Einheit? Wer konnte etwas mit der Losung anfangen, dass die „Linke“ (welche denn?) die „innere Einheit“ zu bewerkstelligen habe? Was war gemeint mit dem Plakat „Für einen starken Osten“? Weder auf dem Geraer Parteitag noch in den bisher erschienenen Analysen wurde die Ostproblematik ernsthaft thematisiert.

Nun wäre es völlig verfehlt, so zu tun, als sei für das Debakel allein die Parteiführung verantwortlich. Wir haben ja mitgemacht, als die Hochstapelei mit der Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin begann. Der große Erfolg bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus vor einem Jahr schien uns Recht zu geben. Nicht wenige Sozialdemokraten propagierten seit

Jahren Entzauberung der PDS mittels Regierungsbeteiligung. Wir haben das nicht ernst genommen. Wir haben ungerechtfertigte Entscheidungen mitgetragen, ohne uns mit dem Koalitionspartner auf angemessene, für die Öffentlichkeit und die Wähler nachvollziehbare Weise auseinander zu setzen. Man denke nur an die 1,41 %-Gehaltskürzung kurz vor den Wahlen, an die Versuche, Sarrazins Giftliste kleinzureden. Seit dem Frühjahr gab es Anzeichen, dass die Stimmung gerade in unserer Stammwählerschaft kippt. Doch selbst das Warnsignal des Wahlergebnisses von Sachsen-Anhalt wurde ignoriert. Und dann kam der große Einbruch gerade in unseren östlichen Hochburgen.

Es sollte uns zu denken geben, dass der neue Bundesgeschäftsführer voller Genugtuung darauf verweisen kann, dass die PDS im Westen ihre Positionen – wenn auch auf niedrigstem Niveau – im wesentlichen gehalten hat. Die Vertretung der Ostinteressen spielt dort bekanntermaßen kaum eine Rolle. Noch weniger das Beharren auf Anerkennung von DDR-Biographien und unserer ostdeutschen Identität. Letzteres wird allerdings manchmal auch von ostdeutschen PDS-Mitgliedern geringschätzig als „Ostalgie“ abgetan.

Die Versäumnisse auf diesem Gebiet gilt es aufzuholen. Sonst werden am Ende doch die Recht behalten, die der PDS jetzt schon etwas voreilig das Sterbeglöcklein läuten. *Prof. Dr. Ronald Löttsch*

Besser spät als nie?

Zum Vorhaben der Koalition, die Löhne im Öffentlichen Dienst bis 2007 anzugleichen erklärt Bundesgeschäftsführer Uwe Hikschr:

Nur knapp hat der Kanzler die Wahl gewonnen und dies vor allem mit Versprechungen und Hoffnungen, die er dem Osten und seinen Menschen gemacht hat.

Und nun wird es wieder nichts mit einer Lohnangleichung für den Öffentlichen Dienst in der laufenden Legislaturperiode. Erst 2007, so der Plan, also 18 Jahre nach der Deutschen Einheit werden bestimmte Berufsgruppen endlich das verdienen, was ihre Kolleginnen und Kollegen bei gleicher Leistung im Westen verdienen.

Die Forderungen der PDS nach einer schnellstmöglichen Angleichung der Arbeits-, Lebens- und Lohnverhältnisse sind regelmäßig abgeschmettert worden. Zuletzt stimmte die Koalition gegen eine Initiative der PDS, die Angleichung bis 2005 endlich vorzunehmen.

Der Osten wird auf weitere 5 Jahre vertröstet und die Menschen zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Für die PDS ist dies ein weiteres Kapitel in der langen Liste der Wählertäuschungen durch Rot-Grün. Wir werden alles dafür tun, dass SPD und Grüne dafür ihre Quittung bekommen.

PDS-Pressemittteilung vom 17. Oktober

Geraer Parteitag zum Nachlesen

Der PDS-Pressedienst Nr. 42/43 vom 24. Oktober 2002 (Gemeinschaftsausgabe mit Disput 10/2002) enthält alle Beschlüsse, Dokumente, Debatten-Berichte, Reden, Wahlergebnisse usw. der 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS in Gera und kann zum Preis von 2 € in der Lichtenberger PDS-Geschäftsstelle (Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin) erworben werden.

Im Zerrspiegel der Presse

Zitate zum Geraer Parteitag der PDS, zusammengetragen von Ingrid Hörkner (taz, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Welt am Sonntag, Spiegel online, Süddeutsche Zeitung und FAZ)

PDS – Ein Schritt nach vorn in den Abgrund. Gabi Zimmer gewinnt. Durchmarsch der Traditionalisten. Rot-rote Koalition kritisiert. Reformen haben ausgespielt.

PDS auf dem Weg ins historische Nichts. G. Zimmer hat alles in ihrer Macht Stehende getan, der PDS ihre letzte Chance zu nehmen. Die Regierungssozialisten aus der Hauptstadt sind die großen Verlierer des PDS-Parteitages in Gera. Ost-Krethi und West-Plethi (hatten) einhellig die bösen Regierungssozialisten aus der Hauptstadt kritisiert. Zimmer könnte Verhaftungen veranlassen. Die Macht dazu hat sie jetzt. Der Parteitag liegt ihr zu Füßen.

Als das Zimmer-Lager nach seinem Sieg in kollektiven Größenwahn verfällt und den geschlagenen Reformern sogar eine Auszeit verweigert ...

Für G. Zimmer ist der Parteitag zweifellos ein großer persönlicher Triumph – angesichts des Trommelfeuers öffentlicher Kritik im Vorfeld und ständiger Versuche ihrer parteiinternen Gegner, sie durch taktische Winkelzüge mübe zu machen. Das zeugt von Stehvermögen. Dieses ist bestens dazu geeignet, die PDS endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit zu führen.

Der Parteitag feierte Zimmer für ein Motto, das „Rückwärts und nicht vergessen“ lautet. Damit erteilte sie allen eine Absage, die weiter westwärts wollen. In Gera begann der „Richtungsparteitag“ der PDS mit dem erbitterten Kampf um die Führung. PDS soll für „Mitte-Unten-Bündnis“ stehen. Die PDS hat sich klar von ihren Reformen abgewandt und sich auf einen strikten Oppositionskurs begeben. Damit steht sie nun vor einer Zerreißprobe. Nach Ansicht von Zimmer-Kritikern betreibt die PDS-Chefin selbst die Spaltung.

Da die Reformen über die Personalfrage eine Grundsatzentscheidung erzwangen, wurde die Vorsitzende mit ihrem Alleinvertretungsanspruch in eine Vergangenheit zurückgeschickt, welche die Zukunft für sich beansprucht. In der Gegenwart spielt die PDS nun keine Rolle mehr.



Um klare Sicht ringen

„Da war wohl jeder auf 'nem anderen Parteitag“, war die Reaktion einer Genossin auf die Berichte und Stimmungsbilder von Delegierten, wie die von Peter Zotl, Harry Nick und anderen Teilnehmern des Geraer Parteitages. Mein eigenes, spontanes und ungeschütztes Fazit lautet: Vernunft, Genossen, nicht nur das heiße Herz, sondern auch (vielleicht vor allem) der kühle Kopf ist jetzt gefragt.

Die auch im Bezirksvorstand auf der Sitzung am 16. Oktober kontrovers geführte Diskussion über die Ergebnisse von Gera und die nötigen Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit im Bezirk zeigte allen Beteiligten, dass es noch großen Verständigungsbedarf unter den Genossinnen und Genossen gibt. Gespräche, wenn sie zu einem wirklichen Diskurs und nicht nur zu einem Austausch von Statements führen sollen, müssen in überschaubaren, kleineren Gruppen geführt werden. Basiskonferenzen oder andere größere Veranstaltungen mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern können m. E. durchaus zu einem Zugewinn an Wissen führen, eine tatsächliche Diskussion kommt hier kaum zustande. Ich denke, in der jetzigen Situation brauchen wir das Miteinander-Reden, aber auch Einander-Zuhören, nicht nur unter den „eigenen Leuten“. Es kommt darauf an, die Ursachen für die Niederlagen aber auch für die nicht zu unterschätzenden Erfolge unserer Politik zu analysieren. Hierfür sollten wir uns tatsächlich die notwendige Zeit nehmen, aber auch nach vorn schauen.

Diese Überlegungen waren unter anderem dafür ausschlaggebend, die Einberufung der 1. Tagung der 2. Hauptversammlung der Bezirksorganisation Lichtenberg erst für den Januar 2003 vorzusehen. Es war uns auch allen klar, dass trotz aller Argumente für eine weitere Verlängerung des Mandats der 1. Hauptversammlung, dies nicht ohne Zustimmung der Delegierten und Basisgruppen geschehen kann. Wir wollen deshalb einen entsprechenden Brief an alle Delegierten verfassen und ihnen diesen Vorschlag erläutern, damit sie darüber entscheiden können. In der nächsten Zeit wollen wir vor allem auch die Parteitagsdelegierten an möglichst vielen Veranstaltungen auf Wahlkreis- und Sprecherratebene aktiv beteiligen.

Die Diskussion über das „Wie weiter in der PDS?“ ist in Gang gekommen. Nutzen wir sie für möglichst konkrete Vorschläge zu einer Verbesserung der politischen Arbeit innerhalb und außerhalb der PDS.

*Birgit Stenzel,
Mitglied des Bezirksvorstandes*

Gesine, auf ein Wort

■ **info links:** Wer macht jetzt deine Arbeit im Abgeordnetenhaus?

■ **Gesine Löttsch:** Erstens werde ich noch selbst einige Dinge zu Ende bringen, zum Beispiel die Verabschiedung des Staatsvertrages über die Fusion von SFB und ORB. Auch möchte ich bei meinem Abschied aus dem Abgeordnetenhaus den Senatsbeschluss über die Wiedereinsetzung Bersarins in die Ehrenbürgerwürde Berlins auf dem Tisch liegen haben.

Zum anderen müssen für die Mitgliedschaft in vier Ausschüssen (Kultur; Wirtschaft; Berlin-Brandenburg; Europa-, Bundes- und Medienpolitik) und im Präsidium Nachfolger gefunden werden. Diese Arbeit wird sich auf mehrere Schultern verteilen.

■ **info links:** Viele Leser meinen, der sichtbare Umgang der Bundestagsverwaltung mit dir und Petra Pau beschädige die so oft beschworene „Würde des Hohen Hauses“. Wie siehst du das, und was tust du dagegen?

■ **Gesine Löttsch:** Genau so. Die Verwaltung handelt im Auftrag des Präsidenten und der Fraktionen. Dahinter

kann sich also niemand verstecken. Petra Pau und ich haben mit dem Bundestagspräsidenten vor der konstituierenden Sitzung über unsere Arbeitsbedingungen gesprochen und ihm nach dieser Sitzung noch einmal in einem Brief unsere Meinung kund getan. Wir wollen schließlich nicht als die zwei Frauen aus der Besenkammer, die keinen Tisch im Sitzungssaal haben, in die Geschichte eingehen, sondern als Abgeordnete mit bedenkenswerten Beiträgen zur aktuellen Politik in Deutschland, in Europa und der Welt.



Foto: B. Lange (ND)

Keine Kürzungsorgien

Zur geplanten Öffnungsklausel im Beamtenbesoldungsgesetz erklärt PDS-Bundesgeschäftsführer Uwe Hiks:

Kein Zweifel, Berlin ist in einer extremen Haushaltsnotlage. Unter diesen Umständen kann eine befristete besoldungsrechtliche Sonderregelung sinnvoll sein. Allerdings nur, wenn sie in Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern zustande kommt.

Was die Arbeitsgruppe der Landeschefs verabredet hat, gibt indes eher Anlass zu Misstrauen. Denn die Öffnungsklausel soll offenkundig weder befristet noch an eine extreme Haushaltsnotlage gebunden werden. Wenn je nach Haushaltslage Besoldungen beschnitten werden, können Beamtinnen und Beamte zu dauerhaften Objekten der Haushaltssanierung werden. Das allerdings hat mit einem fairen Interessenausgleich nichts zu tun. Wer wie die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin über finanzielle Spielräume

nachdenkt, die es durch die Einschnitte bei der Besoldung zu erlangen gäbe, will keine Haushaltsnotlagen bewältigen, sondern hat generelle Kürzungen im Auge. Die von Heide Simonis angestrebte Ausdehnung der Öffnungsklausel auf Angestellte und Arbeiter lässt nichts Gutes ahnen. Dass ihr und ihren Amtskollegen zur Berücksichtigung sozialer Belange lediglich eine sozial gestaffelte Regelung beim 13. Monatsgehalt einfällt, zeigt nur, wie wenig sie die Realität in den unteren Besoldungsgruppen kennen und wahrnehmen.

Für die PDS steht fest: Öffnungsklauseln dürfen kein Freibrief für Kürzungsorgien werden. Sie haben nur Sinn, wenn ihre konkrete Ausgestaltung mit den Tarifpartnern ausgehandelt wird. Mit einseitigen Maßnahmen ist ein fairer Interessenausgleich nicht zu erreichen. Wirkliche finanzielle Spielräume können die Länder ohnehin viel besser erreichen, wenn sie z.B. über eine Vermögenssteuer alle zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen.

PDS-Pressemitteilung vom 31. Oktober



PDS-Lichtenberg: Hauptversammlung einberufen

Der Bezirksvorstand schlägt vor, die 1. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Lichtenberg zum **Sonnabend, dem 25. Januar 2003, von 9–16 Uhr** einzu-berufen.

■ Es wird folgender **Delegiertenschlüssel** festgelegt: Jede Basisorganisation hat das Recht, eine Delegierte oder einen Delegierten zu wählen. Basisorganisationen mit 20 und mehr Mitgliedern können zwei Delegierte quotiert wählen. Mitglieder des Bezirksvorstandes, Bezirksverordnete der PDS, Bezirksamtsmitglieder mit PDS-Mandat sowie Mitglieder der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus nehmen mit beratender Stimme teil – sofern

sie nicht als Delegierte gewählt werden. (Über die geheime Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen.)

■ Vorläufige Tagesordnung

- Die Aufgaben des Bezirksverbandes nach der Bundestagswahl und der 1. Tagung des 8. Bundesparteitages
- Entwurf des Finanzplanes 2003
- Wahl des Bezirksvorstandes und der Finanzrevisionskommission

■ Die Delegierten der 1. Hauptversammlung werden schriftlich über die Gründe der Einberufung der 2. Hauptversammlung zum Januar 2003 informiert (Verlängerung der Legislatur). Der Tagungsort wird rechtzeitig in „info links“ mitgeteilt.

Die Rote Kapelle

Zur Erinnerung an die antifaschistischen Widerstandskämpfer um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack gestaltet die Interessengemeinschaft der Bürger Frankfurter Allee-Süd mit Unterstützung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Ausstellung im künftigen Nachbarschaftszentrum des Wohngebietes, Schulze-Boysen-Straße 38.

Die Ausstellung wird am 12. November, 16 Uhr, in Anwesenheit von Hans Coppi, dessen Eltern Hans und Hilde Coppi als Mitglieder der „Roten Kapelle“ hingerichtet worden sind, eröffnet.

■ Öffnungszeiten: 13.–21. November, werktags von 10–16 Uhr, Führungen nach telefonischer Anmeldung über 55 91 038 oder 52 22 674.

Herzlichen Glückwunsch

Die Lichtenberger PDS-Mitglieder Rim Farah und Sahra Wagenknecht wurden auf dem Parteitag in Gera neu bzw. wieder in den Bundesvorstand der PDS gewählt. Beiden gilt unser herzlicher Glückwunsch.

„Was war die DDR wert?“

„Siegfried Wenzels Buch sollte man jedem Bundesbürger als Freixemplar in die Hand drücken, denn bei uns im Westen ist es leider gängige Meinung, dass wir im Zuge der Wiedervereinigung einen maroden Schrotthaufen geerbt haben. Wenzel setzt nicht einfach billige Polemik dagegen, sondern Zahlen und Fakten, die nicht im Verdacht der Schönfärberei stehen – Berichten der Bundesbank, der Wirtschaftsinstitute, der westlichen Wirtschaftspresse. Zitiert werden kaum Honecker & Co, sondern westdeutsche Politiker.

Wenzel verschweigt die in der DDR gemachten Fehler nicht – sein Buch ist aber kein Persilschein für Honecker oder Mittag. Doch es macht für westdeutsche Leser den Wirtschaftsprozess im SED-Staat durchsichtiger und verständlicher.“

(Jan Sebeck in der *Deister- und Weserzeitung*, 10.2.2001)

■ Siegfried Wenzel: „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz.“ Verlag Das Neue Berlin, 4. Aufl., 2002

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: kontakt@pds-li-hsh.de
Web: http://www.pds-li-hsh.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 2.11.2002

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 10/2002:
19.11. und 3.12.2002, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 10: 4.12.2002
Die nächste Ausgabe erscheint am 12.12.2002.

Druck: Druckerei Paulick
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Da muss ich hin!

- **Dienstag, 14.11., 11 Uhr**
Eröffnung der Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hohenschönhausen“, Anna-Seghers-Bibliothek, Lindencentrum
- **Freitag, 15.11., 18 Uhr**
3. Benefizkonzert zugunsten weißrussischer Waisenkinder, Turnhalle der Guttenberg-Oberschule, Sandinostraße 10
- **Donnerstag, 21.11., 19 Uhr**
Anhörung zum Bibliotheksentwicklungsplan, Kulturausschuss der BVV, Anna-Seghers-Bibliothek
- **Sonnabend, 23.11., 18 Uhr**
Große Operngala – Benefizgala zum Erhalt des Theaters Karlshorst (mit dem Brandenburgischen Konzertorchester Eberswalde und dem Vokalensemble Carl-Maria von Weber), Eintritt 15 €, Theater Karlshorst, Treskowallee 111
- **Montag, 25.11.**
Tagesfahrt nach Schwarzenburg/Fläming, Gänsekeulenessen und Töpferkunst in Crinitz, Abfahrt 8.30 Uhr: Einbecker/Ecke Zachertstraße, 9 Uhr: Zingster Straße (neben Linden-Center), Preis pro Person: 28 €
- **Sonntag, 24.11., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Was ist mit ‚Hartz‘?“, u.a. mit H.-J. Braun und E. Faude

Termine

- **Montag, 11.11., 19 Uhr**
Diskussion zum Geraer Parteitag, mit St. Schulze, LiBeZem, Rhinstraße 9
- **Mittwoch, 13.11., ab 16 Uhr**
Bürgersprechstunde mit Maja-Helen Feustel (PDS), Mitglied des Ausschusses für Soziales/Mieterinteressen der BVV, „Undine“, Hagenstraße 57
- **Mittwoch, 13.11., 19 Uhr***
BV-Tagung
- **Montag, 18.11., 19 Uhr**
BVV-Fraktionssitzung, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 19.11., 19 Uhr***
Diskussion zum Geraer Parteitag, mit Peter-Rudolf Zotl
- **Mittwoch, 20.11. 16.30 Uhr**
Bürgerfragestunde, anschließend BVV-Tagung, Große-Leege-Straße 103
- **Mittwoch, 27.11., 19 Uhr***
BV-Tagung
- **Donnerstag, 28.11., 16–18 Uhr***
Auskünfte und Hilfe zu Mietrechtsfragen

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14